Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7659**

14. Wahlperiode 27. 11. 2001

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Dr. Günter Rexrodt, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Paul K. Friedhoff, Rainer Funke, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Ulrich Irmer, Gudrun Kopp, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2002 – Drucksachen 14/6800 Anlage, 14/7310, 14/7321, 14/7322, 14/7323, 14/7537 –

hier: Einzelplan 10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 10 02 – Allgemeine Bewilligungen – ist bei Titel 686 19 – Zuschüsse zur Förderung des ökologischen Landbaus (Bundesprogramm Ökolandbau) – der Ansatz von 14 768 T Euro zu streichen.

Berlin, den 27. November 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung setzt mit der so genannten Agrarwende die falschen Rahmenbedingungen für die heimische Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft. Die Missachtung der Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft und die Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch nationale Alleingänge schaden dem Agrarstandort Deutschland. Zudem ist die einseitige und überproportionale Förderung des organischen Landbaus als einer von mehreren umweltverträglichen Bewirtschaftungsformen fachlich nicht zu rechtfertigen. Der organische Landbau und die konventionelle Landwirtschaft sind umweltverträgliche Wirtschaftsformen, die beide qualitativ hochwertige Nahrungsmittel erzeugen. In Zeiten knapper Haushalte, die zudem durch die Herausforderungen der Welthandelsrunde und der EU-Osterweiterung geprägt sind, müssen die

zur Verfügung stehenden begrenzten Mittel auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerischen Landwirtschaft konzentriert werden.

Die einseitige und überproportionale Förderung einer Produktionsform mit dem Ziel, den ökologischen Landbau in 10 Jahren auf 20 % der Landwirtschaftsfläche auszudehnen, ist ohne die entsprechende Verbrauchernachfrage kontraproduktiv. Es besteht die Gefahr, funktionierende Märkte durch eine unangemessene staatliche Förderung zu zerstören und die Einkommensbasis der organisch wirtschaftenden Betriebe zu gefährden.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333